

Ressort: Politik

Mehr als 20.000 Menschen fehlt Geld für Beisetzung von Angehörigen

Berlin, 10.01.2018, 05:00 Uhr

GDN - Rund 21.500 Menschen haben im vergangenen Jahr nicht genug Geld für die Beisetzung von Angehörigen gehabt und mussten von den Sozialämtern unterstützt werden. Den Kommunen entstanden für die sogenannten Sozialbestattungen Kosten von 60 Millionen Euro.

Das geht aus neuen Angaben des Statistischen Bundesamtes hervor, über die die "Passauer Neuen Presse" (Mittwochsausgabe) berichtet. Die meisten Personen ohne finanzielle Mittel für Beerdigungen von Angehörigen lebten in Nordrhein-Westfalen (3.757), gefolgt von Baden-Württemberg (2.311) und Bayern (2.207). In Niedersachsen erhielten 2.160 Menschen Unterstützung von den Sozialämtern. Mit 16,9 Millionen Euro mussten die Kommunen in NRW mit Abstand am meisten Finanzhilfe für Armenbegräbnisse leisten, an zweiter Stelle folgt Bayern mit 6,6 Millionen Euro. Die Kommunen regeln selbstständig, wie viel Geld sie für die Beisetzungen geben, die Ausgaben variieren daher deutschlandweit. Vor der Übernahme der Kosten werden Einkommen und Vermögen der Hinterbliebenen überprüft. Erstattet werden laut Sozialgesetzbuch Ausgaben für "ortsübliche und einfache, der Würde des Verstorbenen entsprechende Bestattungen". Die Zahl der Menschen, denen Geld für die Beisetzung von Angehörigen fehlt, lag auch in den vergangenen Jahren bei mehr als 20.000. "Auch nach ihrem Tod werden die Verstorbenen ein weiteres Mal als arm gebrandmarkt, durch das sichtbar ärmliche Begräbnis und die bescheidene Grabsausstattung", sagte die Bundestags-Fraktionsvize der Linken, Sabine Zimmermann, der "Passauer Neuen Presse". Aufgrund der zunehmenden Altersarmut und sich ausbreitenden prekären Beschäftigungen sei für die Zukunft ein Anstieg von Sozialbestattungen zu erwarten. Zimmermann warnte, die Kommunen könnten künftig weniger Geld für Armenbegräbnisse geben. "Dabei wäre es in vielen Regionen notwendig, die Leistungen anzuheben, um auch armen Menschen ein würdevolles Begräbnis zuteilwerden zu lassen." Sie forderte überdies bundesweit einheitliche Standards für Sozialbestattungen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-100375/mehr-als-20000-menschen-fehlt-geld-fuer-beisetzung-von-angehoerigen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com